

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Jahreshälfte 4000.— Mr. Einzelverkaufspr. 300 Mr.

Redaktion: Johannisstraße 46.  
Fernruf 1905 nur Redaktion.  
1926 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 800.— Mark, auswärtige 1000.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 600 Mr., für Reklamen 3200.— Mr.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.  
Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle  
1905 nur Redaktion.

# Lübecker

# Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 140.

Dienstag, 19. Juni 1923.

30. Jahrgang.

## Deutsch-französische Verständigung?

In den letzten Tagen häufen sich die Mitteilungen aus Paris, daß innerhalb der französischen Regierung die Neigung besteht, sich in freundschaftlichem Geiste mit Deutschland über einen Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit zu unterhalten. Wir würden es für überflüssig halten, auf derartige Meldungen einzugehen, wenn sie nicht aus Quellen kämen, deren Zuverlässigkeit allgemein bekannt ist. Deshalb verurteilen wir auch die Stellungnahme eines Teils der deutschen Presse, die noch, bevor ein gegenseitiger Beweis erbracht ist, in angeborener Abneigung gegen Frankreich die Angaben über eine französische Verständigungsgeneigntheit als „französisches Manöver gegen den passiven Widerstand“ abtut. Gerade wir Deutschen haben in dieser Situation der wirtschaftlichen Katastrophe allen Anlaß, jeden Fühler des Auslandes, der auch nur den Anschein der Verständigung erweckt, sorgsam zu prüfen und an Stelle einer Politik der Phrasen Vernunftspolitik zu treiben.

Was an den Pariser Meldungen Wahres ist, dürften die nächsten Tage zeigen. Verständlich erscheint eine Aenderung in der bisherigen Haltung der französischen Regierung. Auch in Frankreich muß man sich klar darüber sein, daß ein direkter Meinungs- austausch über die Frage des passiven Widerstandes mit dem Partner mehr Vorteile bringen kann, als eine Verständigung gegen Deutschland auf dem Umwege über England. Die englische Regierung versucht nicht der schönen deutschen Augen willen die französischen Machtbestrebungen zu zügeln, sondern sie läßt sich bei ihren Handlungen in jeder Beziehung zunächst von eigenen Interessen leiten. Das weiß natürlich die französische Regierung genau so gut wie es in Deutschland bekannt ist, und gerade deshalb ist es nicht wahrscheinlich, daß sie jetzt versucht, eine direkte Verständigung mit Deutschland unter vorläufigem Ausschluß Englands herbeizuführen. Die Frage bleibt nur, inwieweit unter diesen Umständen die Interessen des Reiches gewahrt bleiben! Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß ein direkter Meinungs- austausch der Reichsregierung mit Frankreich, wenigstens soweit die Frage des passiven Widerstandes in Betracht kommt, auch für uns günstiger ausfallen kann, als es durch eine Abmachung innerhalb der Entente geschehen könnte. Ein Kompromiß, das die Entente- mächte untereinander treffen, wird zweifellos nur auf Deutschlands Kosten abgeschlossen. Ist es da nicht gleichgültig, ob wir die Zugeständnisse, die auf Kosten Deutschlands von der englischen Regierung an Frankreich gemacht werden, direkt dem ehemaligen Kriegsgegner gegenüber machen? Eine Verständigung über die Reparationsfrage und damit über die Lösung des Ruhrkonfliktes

wird nie gegen Frankreich, sondern nur mit Frankreich möglich sein. Einmal müssen wir trotz der allgemein bestehenden Abneigung gegen das jetzige französische Regiment uns doch mit Vertretern der französischen Regierung an den Verhandlungstisch setzen. So schwer das auch fallen mag, jedenfalls liegt es nur im Interesse Deutschlands, so schnell wie möglich zu Verhandlungen zu kommen und einer katastrophalen Entwicklung vorzubeugen. Ist es da Landesverrat, wenn der Versuch gemacht wird, 24 Stunden früher zu verhandeln, als es sonst der Fall sein müßte? Nein! Voraussetzung ist nur, daß die Besprechungen tatsächlich in freundschaftlichem Geiste geführt werden. Bevor dafür kein Beweis geliefert ist — und das kann sich natürlich nur im Verlauf der Besprechungen über den Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit ergeben — kann natürlich der passive Widerstand nicht abgebaut werden.

Die Besprechungen mit Frankreich über die Aufhebung des passiven Widerstandes auf Gegenseitigkeit können natürlich nur unter Zustimmung der englischen Regierung vor sich gehen. Die letzte deutsche Note hat in England allgemein Billigung gefunden, und die englische Regierung hat sich in Vertretung eigener Landesinteressen gegen die französische Forderung auf Aufhebung des passiven Widerstandes ohne Gegenseitigkeit gewandt. Deutschland ist deshalb im Augenblick in gewissem Sinne an England gebunden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die englische Regierung ihr Einverständnis gibt, da auch sie an einer Verständigung über die Frage des passiven Widerstandes interessiert ist, andererseits aber ein triftiger Grund zu ihrem Ausschluß von den Verhandlungen kaum vorliegt.

In maßgebenden Kreisen der Ruhrbevölkerung, denen das Wohl unseres Landes höher steht als eine kurzfristige Prestige- politik, ist man zu einer deutsch-französischen Besprechung über den passiven Widerstand, die in freundschaftlichem Geiste geführt wird, bereit. Der abzuschließende Waffenstillstand muß aber auf Gegenseitigkeit lauten. Darunter verstehen die Arbeiterchaft der Ruhr und die Unternehmer wie Kaufleute des Ruhrgebiets in erster Linie die Freilassung sämtlicher Verhafteten, die Rückkehr der Ausgewiesenen, die Aufhebung sämtlicher Verkehrsbeschränkungen und der Fortfall der französisch-belgischen Eisenbahnregie. Die Durchführung dieser Forderungen liegt ebenso sehr im Interesse Frankreichs wie Deutschlands. Ohne regelrechte Wiederaufnahme der Produktion, die nicht möglich ist, bevor die Verhafteten und Ausgewiesenen in ihre Heimat zurückgeführt sind, sind keine Sachleistungen möglich.

## Kriegervereins- und Verschwörergeist!

Dr. L. Lübeck, den 19. Juni.

Jedermann in Lübeck weiß, daß sich vor etwa drei Wochen auf dem Burgfeld eine größere Kriegervereinsprügelei abspielte. Nur wenige aber wissen, wie diese Prügelei entstand; und noch weniger kennen ihren „Enderfolg“.

In der gestrigen Bürgerchaftsitzung erwarb sich die Volkspartei das Verdienst, die Wahrheit über die Burgfeldvorgänge weiteren Kreisen zugänglich gemacht zu haben. Mit ihrer Interpellation gegen den Polizeiherrn gab sie diesem Gelegenheit, vor aller Öffentlichkeit mit den Monarchisten abzurechnen. Und der Genosse Mehrlein bezahlte die Herren Interpellanten mit guter Münze.

Zunächst der Tatbestand!

Mit dem stolzen Wort „Wir werden uns zu wehren wissen“ waren die Teilnehmer am Divisionsappell nach dem Ehrenfriedhof gezogen, der Selbstschutz an der Spitze. Auf dem Rückwege war dann die Marschordnung umgekehrt; der Selbstschutz marschierte hinten. Vorn waren hauptsächlich Frauen, Kinder und Gäste. Das Burgfeld aber war mit Zuschauern dicht besetzt. Reichlich Nervosität lag über dem Zug der Kriegervereine; und als einige Zuschauer höhnische Bemerkungen machten, als auf dem Platze selbst ein Gedränge entstand, da war kein Halten mehr, da löste sich der Zug auf. Jeder rettete sich, so gut und so schnell er konnte.

In dieses Gedränge stürmte nun von hinten der Selbstschutz der Kriegervereine, mit Gummistöcken und Lochhaken. Und schlug auf Freund und Feind los. Da die anwesenden Arbeiter sich das nicht gefallen ließen, verprügelten die Selbstschutzheldaten hauptsächlich ihre eigenen Leute.

Jedenfalls war das Hauptopfer dieser stürmischen Offensive ein junger Hafentruer, dessen Hinterkopf von einem Kriegervereinsknüttel blutig gezeichnet wurde. Der Nadenhieb, der dem Berichterstatter des General-Anzeigers veraholgt wurde, war höchstwahrscheinlich auch von Kriegervereinsherkunft. Vielleicht hatte ihn sein Aussehen und sein haffiges Wirken in kommunistischen Verdacht gebracht. Jedenfalls — es war eine merkwürdige Schmach: Kriegerverein gegen Kriegerverein.

Eins wissen wir genau: Hätten die Kriegshelden Arbeiter verprügelt — statt sich selbst, sie hätten sich mit großer Pose ihrer Heldentaten gerühmt. Getreu dem Worte: „Wir werden uns zu wehren wissen.“

Da sie sich aber nur blamiert hatten, fingen sie ein großes Geschrei an. Gegen die Sozialdemokraten, gegen die Kommunisten, gegen den Polizeiherrn. Sehten die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Parteien in wilde Bewegung. Und bekamen nun gestern die Quittung.

Der Genosse Mehrlein malte ihnen ein Bild von dem Wesen der „unpolitischen“ Kriegervereine, das sie noch lange vor sich sehen werden. „Die Totenehrungen, die Veteranenehrungen usw. sind nichts weiter als ein Vorwand, als das Ausschüßgewand. In Wirklichkeit wird dann das Fest zu großartiger Agitation für Militarismus und Monarchismus.“ Beispiel auf Beispiel führte der Genosse Mehrlein an, wie oft das Versprechen der politischen Neutralität bei solchen Veranstaltungen gebrochen worden sei. „Einst hatten die Kriegervereine allerdings allerlei Vorrechte. Diese Zeiten sind vorbei. Ich muß alle mit gleichem Maß messen. Die Kommunisten haben die gleichen Rechte wie die Kriegervereiner. Und ich werde in aller Zukunft denselben Standpunkt einnehmen, wie am 27. Mai.“

Leicht hatte es unser Fraktionsredner, Genosse Leber, nach dieser Verteidigung des Genossen Mehrlein, den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion festzustellen. Absolutes Einverständnis mit den Maßnahmen des Polizeiherrn; unbedingtes Vertrauen zu seiner Unparteilichkeit.

Höhnisch konnte er noch die Feststellung machen, daß die Aufregung des volksparteilichen Interpellanten ein guter Maßstab sei für die monarchistische Aufregung, die auf dem Burgfeld geherrscht habe. Im übrigen sei nicht die Prügelei eine Schande gewesen für Lübeck, sondern der Divisionsstag. Vormittags gewesen für Lübeck, sondern der Divisionsstag. Vormittags gewesen für Lübeck, sondern der Divisionsstag. Vormittags gewesen für Lübeck, sondern der Divisionsstag.

Miles in allem: Eine zweite Blamage für das nationalistische Bürgertum. Und Herr Emers wäre heute sicher sehr froh, er hätte keine Finger von dieser blamablen Sache weg gelassen.

Ganz erkant tat gestern der eine oder andere Bürgerliche über den Haß der Arbeiterchaft gegen die Militär- und Kriegervereine. Hat die Arbeiterchaft nicht allen Grund hierzu? Kaum vergeht eine Woche, ohne daß irgendwo in Deutschland Verschwörungen derselben Generale usw. angebeutet werden, die auch in den Kriegervereinen die erste Furcht blasen.

Wir wollen in diesem Zusammenhang nur kurz auf den Prüßplan hinweisen, der in den letzten Tagen wieder in Sam-

## Die Lebensmittelzufuhr im Westen.

SPD. Eiberfeld, 18. Juni. (Eig. Drahtb.)

Durch die Fortdauer der allgemeinen Verkehrsperre verschärfen sich die Verhältnisse immer mehr. Die französische Belagerung hat zwar gestattet, deutsche Lebensmitteltransporte auf den militarierten Strecken zuzulassen, aber sie machen das von der Bezahlung der Fracht und einem 10%igen Zoll abhängig. Schließlich wird der Ruhrbevölkerung nichts anderes übrig bleiben, als von diesem Angebot Gebrauch zu machen, das sich auf die Lebensmittelpreise katastrophal auswirken muß. Es zeigt sich so immer mehr, daß die neueste französische Aktion nichts anderes bedeutet als eine bewußte Aushungerung der Ruhrbevölkerung mit dem Endziel, die endgültige Katastrophe herbeizuführen. Schon jetzt ist genügend Stoff zur Explosion innerhalb der Bevölkerung vorhanden. Es ist zu befürchten, daß bereits in den allernächsten Tagen Plünderungen vor sich gehen, die das Maß der letzten Anstürme auf die Lebensmittelgeschäfte im Ruhrgebiet wesentlich übersteigen. Die am Montag eingetretene Katastrophenhaufe trägt hierzu ihr gut Teil bei.

Die systematischen Sprengungen nehmen trotz der allgemeinen Verbitterung der Bevölkerung gegen die Dynamitattentäter ihren Fortgang. Es handelt sich in der Hauptsache um Brücken- und Schienensprengungen. Wie erst jetzt bekannt wird, ist schon vor einigen Tagen der wichtige Eißeltunnel auf der Strecke Euskirchen-Trier gesprengt worden, sodaß für viele Wochen jeder Verkehr auf dieser Linie unmöglich ist.

Essen, 18. Juni.

Am Sonntag vormittag besetzten die Franzosen den Bahnhof Gelsenkirchen-Wattenscheid und gleichzeitig die dicht bei dem Bahnhof liegende Schachanlage „Holland“, wo sie die Kohlen- und Koksorräte beschlagnahmten. Mit dieser Besetzung ist der Eisenbahnverkehr im südlichen Teile des Industriegebietes nunmehr vollkommen stillgelegt.

Buer, 18. Juni.

Im Laufe des heutigen Montags zerstörten die Franzosen die Eisenbahnlinie zwischen Gelsenkirchen-Südmark und Buer-Süd. Damit ist die letzte deutsche Eisenbahnlinie vom besetzten ins unbesetzte Gebiet ausgeschaltet.

## Paris und Brüssel.

U. Paris, 19. Juni.

Die Verhandlungen zwischen Paris und Brüssel über die gemeinsame Antwort Belgiens und Frankreichs auf die englischen Vorschläge nimmt unabhängig von der Kabinettskrise in Brüssel ihren Verlauf. Der von Poincare vorgelegte Entwurf ist bisher der Öffentlichkeit noch nicht bekannt gegeben worden. Der „Matin“ glaubt jedoch mitteilen zu können, daß eine Einigung zwischen den beiden Ländern zustande kommen werde.

## Themis bei der Kabinettsbildung.

U. Brüssel, 19. Juni.

Themis ist gestern nachmittag zum König berufen worden, um dort den offiziellen Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts entgegenzunehmen. Man glaubt in hiesigen politischen Kreisen bestimmt, daß er noch im Laufe des heutigen Tages die Kabinettsbildung durchführen wird.

## Die Lage in Lausanne.

Lausanne, 19. Juni.

Die allgemeine Lage auf der Orientkonferenz hat sich wieder etwas günstiger gestaltet. Auf türkischer Seite zeigt man gegenwärtig mehr Optimismus als in den letzten Tagen, und zwar sowohl hinsichtlich der Kuponfrage, als auch bezüglich der Räumung Konstantinopels. Auch die noch bestehenden Schwierigkeiten betreffs der Konzessionen ausländischer Gesellschaften hofft man in den nächsten Tagen zu überwinden.

## Der Eißeltunnel gesprengt.

Köln, 18. Juni.

Wie der Korrespondent des „Berliner Lokal-Anzeigers“ erfährt, ist in der Nacht zum 15. d. M. der Tunnel der Eißeltunnel (Köln-Trier) bei Rall gesprengt worden. Die Franzosen haben, wie in solchen Fällen üblich, das Gelände abgesperrt, sodaß nichts näheres in der Sache zu erfahren ist.

Dollar 143 000.



# Die Ordnungspfeife.

Doch dieser deutsche Zukunftsduft mocht' alles überragen, was meine Nase je geahnt, ich konnt' es nicht länger ertragen.

(Heine, „Wintermärchen.“)

Die Pfeife, die aus der Münchener „Ordnungspfeife“ herausgewaschen ist, wurde durch den Fuchs-Machhaus-Prozess zwar nicht aufgehoben — dazu fehlt noch viel — aber doch gehörig angefeuchtet. Und was bei diesem Stich heranspritzte an Niedertracht, Intrigenpiel, geistiger und stiller Verrohung, das ist so hart, daß sich die Welt die Nase verhalten möchte. Aber mit Empfindlichkeit ist hier nichts geschafft. Die Dinge müssen, so widerlich sie sind, einer genaueren Betrachtung unterzogen werden, schon damit die Welt einmal erfährt, weshalb niedrigeres Treiben sich unter der Maske des böstlichen Nationalismus verbirgt.

Die Ausgelieferten und Gehängten — das letztere zum Teil in des Wortes ursprünglicher Bedeutung — sind auch hier natürlich die Kleinen und Unbedeutenden, die Fuchs, Machhaus, Böckler, Berger usw. Andere haben mitgemacht, angeblich um die Fäden der Verschwörung in der Hand zu behalten und zur gegebenen Zeit aufzudecken. Ob bei allen diesen nur solche reinen Motive vorhanden gewesen sind, ob nicht z. B. der Regierungsbaumeister A. D. Schäfer, der den kräftig aufstrebenden Agentenprocurator machte, mehr zu den Vorläufigen gehört hat, die sich bei Zeiten in die Blicke schlugen, als die Sache brenzlich wurde, ist noch eine große und offene Frage. Und selbst der „Reinste der Reinen“, Kapitänleutnant a. D. Kautter — übrigens ein Titulus Ehrhardt's und Hauptakteur beim Kapp-Putsch — hat sich keinen Augenblick gegeben, das von Fuchs und Machhaus übermittelte Franzosengeld anzunehmen und an die „nationalen Verbände“ weiterzugeben, ohne sich einen Augenblick Strupel zu machen, daß er auf diese Weise eine nationalistische Bewegung mit französischem Gelde finanzierte. Ihm genügt als stichtlicher Trieb, daß das Geld ja nicht im Sinne der Franzosen verwendet wurde! Was würden diese „nationalen“ Herren für ein Gekrei erhoben haben, wenn der — undenkbar — Fall eingetreten wäre, daß die Sozialdemokratie in ähnlicher Weise Franzosengeld in die Finger bekommen und für sich verwendet hätte?

Aber für jene Kreise, die alle Augenblicke den deutschen Heldengeist gegen den englischen oder jüdischen Händlergeist zitiieren, gilt mehr als für alle anderen das Goethe-Wort: „Am Golde hängt, zum Golde drängt.“ Da treten Typen auf, wie der nationalsozialistische Anführer Stuphauer, der die Aktion des Machhaus mitmacht, weil sie gegen die Juden gehe und er bei dieser Gelegenheit sein von einem Juden gepachtetes Grundstück als Eigentum an sich zu reißen hofft. Und selbst der wild gewordene Tschaka-Führer Dr. Ruge, von dem Umland gesungen hätte „und was er sint, ist Blut“, vergißt nicht, sich anderthalb Millionen in ausländischen Devisen (!) als Sicherheit für seine Familie auszubedingen.

Und wie geht es sonst in der Kampani zu? Mißtrauen des einen gegen den andern bis zum äußersten, ständige Mordratte vor Verrat und als probates Mittel hiergegen: tiefe Mordbereitschaft gegen jeden Verdächtigen. So bezichtigt Herr Kautter von einer Verschwörung in Schleißheim: „Die Stimmung war äußerst gespannt. Wir waren vielleicht alle etwas nervös geworden. Infolgedessen sahen beide Parteien mit Pistolen in der Tasche da, und man wußte nicht, ob es nach den Drohungen des Machhaus zu Auseinandersetzungen kommen würde.“ Bei anderen Gelegenheiten hat es an solchen „Auseinandersetzungen“ nicht gefehlt. Die Tücheln des Herrn Ruge war kein Stranggipfel. Ruge eigener Privatsekretär, der Student Bear (derselbe der das Attentat auf Scheidemann plante), wurde eines Tages als Leiche aus der Niar geholt. Er ist nicht der einzige, der rätselhaft ums Leben kam. Es sei nur erinnert, daß die Fremde einige Zeit vorher den Hörlein besichtigt hat, der sich fälschlich des Attentates auf Erzberger bezichtigte, aber daraufhin sofort von dem deutsch-nationalen Osnabrücker Parteisekretär Landwehr und dem deutsch-nationalen Abgeordneten Henning, sowie von zwei deutsch-nationalen Fabrikbesitzern mit Geld und falschen Pässen ausgerüstet wurde. Ebenso wurde eine Münchener Studentin ermordet, die an der Hörlein-Affäre beteiligt war.

Interessant ist auch die Liste der neuen Opfer, die für den Fall des Putsches aussersehen waren. Daß sollte der General Moehl „ungelegt“, bald der Minister Coden aufgehängt, sogar der scheinlich nicht allzu franzosenfeindliche Dr. Heim sollte in die Dornau geworfen werden. Herr Ruge hatte den deutschhässlichen Reden Dietrich Eckart aus Korn genommen, weil dieser dem Hit-

ler zu sehr bremte, und Machhaus versicherte des Offiziers, daß noch eine ganze Reihe von Leuten „ungelegt“ werden müßten. Bockner, Epp und Ruge, die als Diktatoren ausgerufen waren, sollten mit vorgehaltener Pistole zur Annahme dieses Amtes gezwungen werden, wie denn überhaupt die physische Bedrohung des Gegenüber der übliche Verkehrston in dieser Gesellschaft zu sein scheint.

Dazu könnte man freilich das grimmig humorvolle Wort aus den „Brüder Karamasoff“ zitieren: „Das Geschick wird sich gegenseitig aufheben.“ Aber die Sache hat noch ihre bedeutend ernsteren Seiten. Wenn es auch scheint, als ob der Verhandlung vor dem Volksgericht diesmal keine Fägel angelegt seien, so bemerkt man sofort eine Wand des Widerstandes, sobald es sich darum handelt, nicht nur die Schuld der vorgeführten Marienetten nachzuweisen, sondern in die Tiefen des Ordnungsumples hineinzufordern. Bis jetzt ist die Frage noch nicht geklärt, warum der bairische Innenminister Schweger und sein Polizeipräsident Rork, der Nachfolger Bockners, den französischen Agenten Richter durch die Kappen gehen ließen, obwohl der Zeuge Kautter sich anheißig gemacht hatte, den Richter innerhalb weniger Stunden der bairischen Regierung „aus Messer zu liefern“. Die Gründe, die Herr Schweger im Bayerischen Landtag für sein Vorgehen angegeben hat, sind nicht im mindesten überzeugend. Sie schlagen jedenfalls die Frage nicht nieder: „Was wußte Richter und welche Persönlichkeiten hätte er kompromittiert, wenn er verhaftet worden wäre. Mitunter legte aber dennoch die Verhandlung diesen oder jenen Faden bloß, der von den Angeklagten zu höheren Stellen führte. Der Angeklagte Fuchs rühmte sich, mit dem ehemaligen Münchener Polizeipräsidenten Bockner und dem Oberamtmannt Fria seit Jahren bekannt und vertraut zu sein. Bockner und Fria, so behauptet Fuchs, seien über seine Beziehungen zu Richter seit 1921 im Bilde gewesen. Fuchs hat auch keine Bedenken getragen, dem Oberamtmannt Fria seine hochverräterischen Pläne am 26. Februar 1923 bis ins kleinste Detail zu entwickeln. Offenbar rechnete er bei dieser amtlichen Stelle auf volles Verständnis für seine verbrecherischen Separationspläne. Doch noch weitere Namen tauchen auf. Es entsteht einen Augenblick Spannung, als der Verteidiger, Graf Veltzke, sich zur Verteidigung seines Klienten gezwungen sieht, nun auch den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht als Zeugen zu laden, so wenig er auch als Monarchist das Haus Wittelsbach kompromittieren möchte. Fuchs behauptet nämlich, vom Kronprinzen Rupprecht einmal beauftragt gewesen zu sein, die Entsendung eines französischen Gejandten zu einer politischen Aussprache zu besetzen.

Hat er recht, sagt er? Wir wissen es nicht, da das Gericht dies heiße Eisen schleunigst fallen läßt. Aber wäre es wahr, — so wäre Rupprecht keineswegs der einzige hochgestellte Mann in Bayern gewesen, der Beziehungen zu französischen Emigranten eingeknüpft hatte. Dem Führer der Pariser Volkspartei, Herrn Dr. Heim, ist solche Anknüpfung nachgewiesen, wenn er sie auch als patriotische Tat auszulagen sucht. Des man sein wie es will. Aber eins steht bombenfest: die Separationspläne, die Fuchs und Genossen spannen, sind schon viel früher im Kopf des Dr. Heim und anderer „nationaler“ bairischer Größen eingeschwebt worden. Dr. Heim war es, der bereits im Dezember 1918 in einem oft zitierten Artikel die zeitweilige Abtrennung Bayerns vom Reich und seine Verbindung mit Tirol, Salzburg und Wien zu einem selbständigen Staatswesen forderte. Und der Führer des bairischen Ordnungsblokes erklärt, Bayern müsse sich an Frankreich anlehnen. — So haben Fuchs und Machhaus nur plumper und unge-

schickter ins Werk zu setzen versucht, was die führenden Köpfe des bairischen Nationalismus seit langem planten. Dafür, daß sie keine Diebe sind, hat man sie gehängt. Die großen laufen nach wie vor unbekümmert herum. Und wenn man dazu aus dem Prozeß liest, mit welcher Sicherheit und Selbstverständlichkeit hier fortwährend von der Mobilisation der Ehrhardt-Brigade, der Nationalsozialisten und der verschiedenen Bünde geredet wird, dann begreift man, daß die von Bayern drohende Gefahr noch immer riesengroß ist.

## Vermeintliche Nachrichten.

Der Millionendiebstahl in der Reichsdruckerei. Der Banknotendiebstahl in der Reichsdruckerei, bei dem das Reich 50 Millionen Mark einbüßte, ist jetzt aufgefäkt worden. Die Diebe konnten verhaftet und überführt werden. Das gestohlene Geld bezug auf angekaufte Sachwerte sind beschlagnahmt worden. Die Diebe sind zwei höhere Angestellte der Reichsdruckerei. Die Ausführung des Diebstahls war nur durch eine grobe Fahrlässigkeit des zunächst der Tat verdächtigen Ressortverwalters ermöglicht worden. Bei der Prüfung der Diebesbeute stellte die Polizei fest, daß noch rund 20 Millionen Mark fehlten. Der eine der Diebe gab schließlich an, sie in einem Ort vergraben zu haben. Kriminalbeamte, die dort Nachforschungen anstellten, fanden auch noch 10 Millionen Mark bares Geld.

Der Bezirk ist in eine neue Phase großer Tätigkeit eingetreten. In der Umgebung wüthet eine neue Epidemie verurteilt. Durch Einsturz entstand eine neue Doffnung von acht Meiler Durchmesser, aus der Lava strömt, die den ganzen südwestlichen Teil zu bedecken und ihn in ein breinendes Boden umzuwandeln droht. Auf den verschiedenen Fronten des Vulkans haben sich zahlreiche kleinere Krater gebildet, aus denen Lava bis zu einer Höhe von mehr als drei Metern geschleudert wird. Die Bevölkerung der Umgebung trifft bereits Vorbereitungen zum Verlassen ihrer Behausungen.

Schnee im Schwarzwald. Wie aus Triberg gedrahtet wird, ist im Schwarzwald in Verbindung mit einem abnormen Wettersturz Neuschnee gefallen.

Die deutsche Sprache in amerikanischen Schulen. Die in Iowa, Nebraska, Ohio und 15 anderen Bundesstaaten der Union erlassenen Gesetze, nach denen es verboten ist, die Schüler von öffentlichen, privaten oder Gemeindefchulen in deutscher und anderen fremden Sprachen zu unterrichten, sind durch Entscheidung des Obersten Staatsgerichtshofes der Vereinigten Staaten aufzuheben worden. Zum Erfolg dieses Gesetzes gab die während des Krieges gemachte Wahrnehmung Anlaß, daß in vielen Schulen der Weststaaten in den Klassenzimmern das Deutsche die Umgangssprache bildete, und daß dadurch die Gefahr beaufschlagt wurde, daß das Deutsche die angestrebte Kultur verdrängen könnte. Auch im Staatsgerichtshof verteilten einige Richter diese Anschauung und wollten deshalb die Gesetze beibehalten lassen. Die Mehrheit entschied indessen dahin, daß die amerikanische Verfassung den Schülern das Recht verbürge, ihre Bildung durch die Erlernung fremder Sprachen zu vervollständigen. Es bestände auch keine Gefahr, daß die Kenntnis einer anderen Sprache als der englischen irgendwie Schäden stiften könne.

Amundsen's Depots. Das Transportschiff „Aram“, das nach Spitzbergen abgefahren ist, um Kapitän Amundsen bei seinem Versuch, von Rainoricht in Alaska nach dem Nordpol zu fliegen, unterhalten soll, führt Schlitzen, Eier, Gemehre, Signalapparate und Nahrungsmittel an Bord. Das Schiff soll die nötigen Gegenstände heranzubringen, um 5 Depots einzurichten, die von dem Rande des Eises im Norden von Spitzbergen nach dem Pol hin angelegt werden. Jedes Depot soll Nahrungsmittel für drei Wochen enthalten, die verpackt in starken kupfernen Kästen liegen, damit die Polarbären nicht dazu können. In der Abwesenheit wird die „Aram“ Flugzeuge und Alieger an Bord nehmen. Sie wird dann den Führer der Expedition bei der Auswahl einer geeigneten Flugbasis unterstützen.

Verantwortlich: H. Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit, Ethik und Feuilleton Hermann Feuer; für literale Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 19. Juni.

Ämliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	18. Juni.	19. Juni.
Amsterdam	1 fl. 57855.—	44887,50
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 7905.—	6209.—
Kristiania	1 Kr. 24588,50	19291,50
Kopenhagen	1 Kr. 26364.—	20448,50
Stockholm	1 Kr. 89102.—	30324.—
Helsingfors	1 finn. Mk. 4089,50	3192.—
Rom	1 Lire 6788.—	5911,50
London	1 £ 68798.—	72607,50
Neuyork	1 Dollar 14789.—	114712.—
Paris	1 Frs. 9236,50	7291,50
Zürich	1 Frs. 28838,50	20898.—
Madrid	1 Pesetas 21945.—	17187.—
Wien	100 Kr. 207,97	166,33
Prag	1 Kr. 4488,50	3481.—
Budapest	1 Kr. 15,96	18,36

## Drei Soldaten.

Roman von Jack des Kaffas.

Als dem amerikanischen Manuscript überseht von Julian Gumpert. (Nachdruck verboten. Der Welt-Verlag, Berlin.)

25. Fortsetzung.

„Nun, wir werden ihnen schon zeigen können, wozu wir gut sind“, sagte der Leutnant lachend. „Haben bisher noch keine Gelegenheit dazu gehabt.“

„Hm, sehen Sie sich lieber die Anordnungen näher an, Leutnant. Waren Sie schon an der Front?“

„Nein.“

„Sie werden die Dinge anders ansehen, wenn Sie mal da waren“, sagte der Major.

Der Leutnant verzog das Gesicht.

„Nun, im großen und ganzen, Leutnant, sind ihre Leute in guter Ordnung.“ Einige Augenblicke später kam der Sergeant herein.

„Regenmäntel anziehen und antreten!“

Eine ganze lange Zeit standen sie im Regen aufmarschiert.

Es war ein kleinerer Nachmittag. Die Regentropfen hatten einen schmalen, kupfernen Schein. Der Regen schlug ihnen ins Gesicht.

Juselli sah den Sergeanten forschend an. Endlich erschien der Leutnant.

„Achtung!“, schrie der Sergeant.

Die Leute wurden aufmerksam, und ein neuer Mann wurde am Ende der Linie eingereicht, ein großer Kerl mit vorstehenden Kalbsaugen.

„Juselli, vortreten! Sie schließen sich der Stadtkompagnie an.“

Juselli sah, wie sich Ueberraschung auf den Gesichtern der Kameraden spiegelte. Er lächelte blaß zu Madonille hinüber.

„Sergeant, führen Sie die Leute zur Station.“

„Rechts Köpfe, Marsch!“, schrie der Sergeant.

Die Kompagnie marschierte ab im strömenden Regen. Juselli ging zu den Baracken zurück, nahm sein Gepäck und seinen Regenmantel ab und wusch sich das Wasser aus dem Gesicht.

Die Schienen glitzerten golden im Sonnenschein des frühen Morgens.

Juselli verfolgte mit den Augen den Strang, bis er sich in den nassen Wiesen verlor. Der Bahnhof der Station, wo die Pfähle glänzten und vom Winde bewegt wurden, war ganz leer.

Juselli begann mit den Händen in den Taschen auf und ab zu marschieren. Er sollte hier einige Zufuhren, die mit dem Wozenzug erwartet wurden, ausladen helfen. Er fühlte sich frei und erfolgreich, seitdem er der Stadtkompagnie angehörte. Endlich, sagte er zu sich selbst, hatte er einen Posten, wo er zeigen konnte, was er wert sei.

Er ging auf und ab und piffte schrill. Ein Zug fuhr langsam in die Station ein. Die Maschine hielt an, um Wasser einzuziehen. Der Bahnhof war plötzlich voll von Männern in Rost-

die mit den Füßen stampften und laut rufend auf und ab gingen.

„Wo fährt Ihr hin?“, fragte Juselli.

„Nichts, hatte Juselli ein betrunkenes Gesicht gezeihen. Er schüttelte zwei Leuten mit braunen Gesichtern die Hand.

„Hallo, Christfield! Hallo, Andrews!“, rief er. „Wann seid Ihr hier rüber gekommen?“

„Ungefähr vor vier Monaten“, sagte Christfield, der Juselli forschend mit seinen schwarzen Augen ansah. „Oh, ich erinnere mich jetzt, du bist Juselli. Wir waren im Ausbildungslager zusammen, erinnerst du dich, Andy?“

„Fischer“, meinte Juselli. „Ich bin hier in der optischen Abteilung.“

„Wo ist das, zum Teufel?“

„Gnade hier“, Juselli zeigte hinter der Station.

„Wir sind vier Monate in der Nähe von Bordeaux ausgeblendet worden“, sagte Andrews, „und jetzt wollen wir mal sehen, wie es ausschaut.“

Die Sirene piffte, und die Maschine ließ Wolken weißen Dampfes aus.

„Viel Glück!“, sagte Juselli. Doch Andrews und Christfield waren schon weg. Er sah sie noch einmal, wie der Zug hinausfuhr, zwei braune, schmutzige Gesichter zwischen anderen braunen, schmutzigen Gesichtern.

Der Dampf zog vorbei in die helle Morgentluft hinauf, der letzte Wagen verschwand in der Kurve.

Juselli sah auf dem einen Ende seines Bettkastens. Er hatte sich gerade rasiert. Es war an einem Sonntagmorgen, und er hoffte auf einen freien Nachmittag. Er rieb sein Gesicht noch einmal mit dem Handtuch ab und stand auf. Draußen fiel der Regen in großen stürzenden Strömen, so daß das Geräusch auf dem Teorpapier der Barackendächer fast beruhigend wirkte.

Juselli bemerkte an dem anderen Ende der Bettreihe eine Gruppe Leute, die alle dasselbe anzugestrichelten schienen. Er streifte seine Hemmel herunter, nahm den Waffenzug über den einen Arm und ging die Reihe hinunter, um zu schauen, was los ist. Durch das Geräusch des niederfallenden Regens hindurch hörte er eine schwache Stimme sagen:

„Ich kann nicht, Sergeant, ich bin krank. Ich werde nicht aufstehen.“

„Der Junge ist verrückt“, sagte jemand neben Juselli.

„Was hast du aus ihm, sofort!“, brüllte der Sergeant. Es war ein großer Mann mit schwarzem Haar, der auslächelte wie ein Holzgänger. Er beugte sich über den Bettkasten.

Auf einem Bündel von Decken lag Stokton mit freudwemem Gesicht. Seine Zähne schlugen zusammen und seine Augen waren rund und traten schmerzhaft vor Schrecken aus ihren Höhlen hervor.

„Ich sage, mach, daß du aus deinem Kasten rauskommst“, brüllte der Sergeant.

Der Junge schmeig. Seine bleichen Wangen zitterten.

„Was zum Teufel ist denn mit ihm los?“

„Warum schmeißt Sie ihn denn nicht einfach raus, Sergeant?“

„Steh sofort auf!“, schrie der Sergeant wiederum, ohne auf die Worte der anderen achtzugeben.

Die Herumstehenden gingen weg. Nur Juselli beobachtete aus einiger Entfernung jahiniert weiter.

„Gut, dann hole ich den Leutnant. Diese Sache gehört vorz Kriegsgericht. Hier, Morton und Morrison, Sie hatten mir für den Mann.“

Der Junge lag still unter seiner Decke. Er schloß die Augen.

An der Bewegung der Decke, die mit seiner Bruh auf- und niederging, konnte man sehen, daß er schwer atmete.

„Stokton, du dummes Schwein, warum freißt du nicht auf?“

Juselli. „Du kannst doch nicht gegen die ganze Armee aufbieten.“

Der Junge antwortete nicht.

Juselli ging weg. „Er ist verrückt“, brummte er.

Der Leutnant war ein rundlicher Mann mit einem roten Gesicht, der leuchtend herinkam. Hinter ihm die große Gestalt des Sergeanten. Er blieb stehen und schüttelte das Wasser von seinem Hut. Noch immer knatterte der Regen herüber auf das Dach.

„Achtung, Mann, sind Sie trant? Dann melden Sie sich sofort!“, sagte der Leutnant mit betont liebenswürdiger Stimme.

Der Junge sah ihn trübe an und gab keine Antwort.

„Sie sollten aufstehen und stramme Haltung einnehmen, wenn ein Offizier mit Ihnen spricht.“

„Ich kann nicht aufstehen“, kam die schwache Stimme. Das rote Gesicht des Offiziers verfarbte sich.

„Sergeant, was ist mit dem Mann?“, fragte er wütend.

„Ich kann nichts mit ihm anfangen, Herr Leutnant; ich denke, er ist verrückt geworden.“

„Dummes Zeug — pure Dienstverweigerung... Sie sind verhaftet, verstehen Sie?“, rief er zum Bett zu.

Es kam keine Antwort. Der Regen schlug hart auf das Dach.

„Lassen Sie ihn auf die Waage bringen, mit Gewalt, falls nötig“, schmeigte der Leutnant. Er ging zur Tür. „Und, Sergeant, sehen Sie sofort die Papiere auf für das Kriegsgericht.“

Die Tür fiel trachend hinter ihm zu.

„Jetzt macht ihn einmal Beine“, sagte der Sergeant zu den beiden Wachen. Juselli eilte, daß er fortkam. „Manche Leute sind verrückte Hunde“, sagte er zu einem Mann an dem anderen Ende der Baracke. Er sah aus dem Fenster hinaus auf die hellen Bündel Regen, die unablässig vom Himmel herabdrömten.

„Schmeißt ihn aus dem Bett raus!“, schrie der Sergeant.

Der Junge lag mit geschlossenen Augen, das freibleibende Gesicht halb von der Decke verborgen; er war sehr still.

„Nun, willst du wohl aufstehen und zur Waage gehen oder müssen wir dich dahin schleppen?“, rief der Sergeant.

Die Wachen sagten ihn ziemlich beschämt und zogen ihn herauf, bis sein Körper ungefähr in eine sitzende Stellung kam.

„So, nun schmeißt ihn aus dem Bett raus.“

Die schwache Gestalt im Rasthüden und weißlichen Hosen wurde für einen Augenblick zwischen den beiden Männern hochgewaltem. Dann fiel sie wie ein melker Häfen Blätter auf den Boden.

(Fortsetzung folgt.)



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 19. Juni.

### Arbeiter der Welt!

Schwingt eure Seelen auf aus den toten Nächten der Düst; Hebt sie zur Sonne, die Mägen von Sorgen umgrent. Euren Kämpfen, die ruhelos gemischt und gehaut, Gebt ihnen einen Tag, einen, die feiernde Nacht. Schaffende Hand soll schaffende Hand ergreifen, Hirn soll das Hirn, und Herz soll das Herz gewinnen. All eure Zuversicht, all euer Mollen und Stunen Grüßend soll es hent über die Erde schweifen. Heberall soll seine Föhnen der qualmende Schat. Heberall greißt der Spaten an, all Naches Brot, Heberall wirt zu Geld, all das hohebde Blut, Heberall raucht euch Bier der erschaffene Gut. Was ihr erkant ead, der Hag will es fahend zerfchlagen. Was ihr erobert, hebrakt ill's von tüchtigen Krallen. Heber die Sonne und Meerz soll eine Stimme helfen — Schreckender Donner, sich nicht in die Höhe zu wagen! Und in euren Händen blühe empor der Stranzig Leuzjänger Blumen, die friedlich im Nichte glühn: Nie wieder, Heber der Arbeit im fernsten Haue, Sollen wüßigen uns Todreg-anaten sprühn, Heber uns allen leuchte ein leuendes Werbe. Sprossender Willen wolle zur Meisterschaft, Bruder, dein Herz ist mein Herz, keine Kraft mein Kraft, Arbeiter der Welt! Ihr seid das Schicksal der Erde.

Ernst Preetzang.

### Die Bürgerchaft

benutzen gestern die Volksparteier im trauten Verein mit Demokraten und Arbeitsgemeinschaftlern (die Deutschnationalen spitzten die Ohren und kribbelten mit den Fingerspitzen), zu einem Proberitt gegen den Polizeiherrn, den Genossen Mehrlein. Die Parade mit diesen Ausrepublikanern, unter denen sich besonders der polsternde Rechtsanwalt Ewers hervorhob — auch der alte Fortschrittsmann Heise gab sich allerliebste — wird im politischen Teile unseres Blattes gewürdigt.

Die Seele der vereinigten Rechten, eben der Volksparteier Ewers, irrlichterte auch nach der Rede des Genossen Haut über die unerträgliche Teuerung im Saale umher. Unser Fraktionsredner packte den Stier bei den Hörnern und drückte den Widerstandigen in das festelnde Fach: den unerfüllbaren Profitjägern, Bucherern und sonstigen Patrioten wurde wieder einmal gründlich die Wahrheit gesagt. Die haltlosen Versprechungen und die Schaumschlägereien der bürgerlichen Parteien wie ihrer vergötterten Curoregierung wurden wie Seifenblasen zerdrückt. So etwas paßt nicht in die Affenmappe der Kapitalistenvertreter, der Leute, die das Volk nur als Ausbeutungsobjekt und als Kanonensutter für selbstthätige Zwecke ansehen. Und so verfuhr Herr Ewers zum zweitenmal unter ungeheurem Widerspruch privatkapitalistische Maximen zu verteidigen und dem hungernden Volke weiße Salbe auf die Augen und den zahnenschmerzenden Magen zu schmierem. Verfaßte, dem Dollar wohl als Wertmesser seiner Klasse die Berechnung anzusprechen, den Lohn- und Gehaltsempfängern aber die launigsten Papierscheine verschwiegen in die Hand zu drücken. Ihnen mit plumpem advokatorischen Kniff plausibel zu machen, daß die von der Großindustrie angesammelten Werte gerade im Interesse der ausgemergelten Arbeiterschaft aufgehäuft worden seien, um den Franzosen als Sicherungspfund zu dienen. Giltig waren die Herren von Itupellos zusammengekräftem Besitz immer. Sie sind jetzt bereits jenseit erluchtet, daß sie die von der Sozialdemokratie seit Jahr und Tag bekämpfte bürgerliche Steuerpolitik selbst als ungerecht erkannt haben. Selbstzerkenntnis ist immer ein Schritt zur Besserung. Aber besser wäre es schon gewesen, sie würden die Steuern gleich so bezahlt haben, wie es sich gehört. Hätten sie sich nebenbei von ihren unverdienten Kriegsgewinnen trennen können, dann wären sicher die Franzosen nicht im Land und die Hungernot wäre nicht vor der Tür. Nun soll es anders werden. Vorausgesetzt, daß die Antwort vom volksparteilichen Hauptvorstand in Berlin so eintrifft, wie sie sich Herr Ewers denkt. Wir fürchten jedoch, es wird sich um ein Zerstück handeln, das ebenso unbedeutend und neres flüchtig wie die Wortathletik des volksparteilichen Anwalts im Bürgerchaftsaal klappte.

In diese Kata morgana trollte noch ein agrarischer Spritzquell. Wohlly wusch der landbündlerische Sprecher die engelreinen Seelen, so daß schließlich nichts übrig blieb als ein Sammer aller Großverdiener, ein Duderleben der Kapitalisten, an dem sich das ausgehungerte Schaffensvolk beispielhaft erheben soll. Es ist ein schweres Los, dieses Hebermah christlicher Sittentheiligkeit auf der Eckenbahn zu ertragen. Die Kommu-nisten denken sich die Lösung leichter. Sie sehen den rettenden Stern leuchten und haben auch den Zunderstab im Rücken verpackt, der alles Ungemach auf einen Schlag beseitigt. Wir können, trotz der heutigen unüberwindlichen Hindernisse zu ertüchtlichem Leben, ihnen nicht folgen. Die Geleise des Geschehens lassen sich nicht bergewaligen, der höhere Sinn des Lebens muß erkannt und befolgt werden. Denn die letzten Mittel der Kommunisten und der Militaristen, die eben so sehr auf der Lauer liegen, würden uns nicht den erhofften Aufstieg, ganz gewiß aber den restlosen Untergang unseres Volkes bringen. Hier hilft kein Kaiser und kein Trutzki, hier gilt nur die eigene Kraft und unerwidelterlicher Lebenswille. Der muß die organisierte Arbeiterschaft aufbringen. Und sie wird es, sonst gibt sie sich selbst auf.

Das Schulgeld soll in der Schule bezahlt werden. Die Oberbehörden erlaßt heute eine Bekanntmachung, nach der das Schulgeld für das 1. Vierteljahr des laufenden Schuljahres in der Zeit vom 21. bis 27. d. Mts. zu zahlen ist. Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß bezüglich der Einzahlung des Schulgeldes eine Neuerung eintritt. Bei der immer mehr fortschreitenden Geldentwertung ist es schwierig, die Schul-geldsätze den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. Die Oberbehörden hat infolgedessen ermittelt darauf Bedacht nehmen müssen, die durch die Erhebung des Schulgeldes entstehenden Verwaltungskosten so niedrig wie möglich zu halten. Das bedingt aber, daß die Erhebung des Schulgeldes in einfacher Weise geschieht. Es soll daher künftig die Einzahlung des Schulgeldes nicht mehr wie bisher bei der Stadtkasse oder durch Bank- oder Postüberweisungen erfolgen, sondern es soll in den Schulen erhoben werden. Die Schüler erhalten vorher durch die Lehrer eine Schulgeld-scheinung ausgehändigt, auf der der Zahlungstag vermerkt ist.

Ar diesem Tage haben die Schüler das Schulgeld mit in die Schule zu bringen, wo es durch Beamte der Oberbehörden eingezogen wird. Es wird vom Publikum erwartet, daß es die Durchführung dieser unter den heutigen Verhältnissen notwendigen Maßnahme insofern unterstützt, als es für pünktliche Einzahlung sorgt, damit Rückstände möglichst vermieden werden. Schulüberweisungen sind nicht mehr zulässig. Die entstehenden Schulgeld-rückstände nebst den gesetzlichen Zuschlägen müßten später durch Zwangsversteigerung im Verwaltungsmasse beigetrieben werden.

Wir könnten nicht gerade behaupten, daß diese Verwaltungsmaßnahme besonders glücklich getroffen ist. Die Kinder, deren Eltern das Geld nicht gleich bei der Hand haben, werden bange Herzen am „Zahltag“ zur Schule gehen und von Mitschülern nicht nur schief angesehen werden, sondern laufen Gefahr, daß lose Mäuler zu Hause weiterzählen, wer nicht bezahlt hat. Dies wird um so häufiger vorkommen, da die „Zahltag“ gerade für Monatsgehaltsempfänger recht unangünstig liegen. Wer hat 3, 4 Tage vor dem ersten nach Schulgeld übrig? Die meisten sind froh, wenn sie dann noch ihren Kindern ein Stückchen Brot mitgeben können.

Vegnachtigt. In der letzten Schwurgerichtsperiode im Dezember 1922 wurde u. a. die Ehefrau Marie Strobel, geb. Dornowald, wegen Mordes, begangen an dem ein Jahr alten unehelichen Kind, ihres Ghemannes, zum Tode verurteilt. Die wir Lören, hat nunmehr der Senat die Todesstrafe im Wege der Gnade in eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren umgewandelt.

### Schiedspruch für das Baugewerbe.

Das Bezirkslohnamt für die Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Cuxhaven befaßte sich am Sonntag mit der Festsetzung der Löhne für das Baugewerbe für die Zeit vom 14. bis 27. Juni. Unter Würdigung der eingetragenen Teuerung und der in anderen Berufen erfolgten Lohnerhöhung wurde für sämtliche Gruppen ein Lohnzuschlag von 45 Prozent gewährt. Die Zustimmungskrist der Parteien ist auf Dienstag, den 19. Juni, festgesetzt. Das Bezirkslohnamt wird am Freitag, den 29. Juni in Kiel tagen.

ph. Diebstähle. Festgenommen wurde eine 23jährige Arbeiterin aus Wilhelmshaven, die sich des Diebstahls von Kleidungsstücken schuldig gemacht hatte. Wegen eines gleichen Diebstahls wurde ein in Travemünde wohnhaftes Dienstmädchen festgenommen, welches seiner Herrschaft Kleidungsstücke im Werte von 1400 000 Mark gestohlen hatte.

ph. Das Diebeslager. Wie berichtet, wurde vor einigen Tagen ein in der Marienstraße wohnhafter Uhrmacher und Händler wegen Hehlerei festgenommen. In seinem Besitz wurden noch folgende Gegenstände vorgefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht ausweisen kann: ein Stück blauer Wollstoff, ein neues weißes Handtuch, gez. C. F., ein weißes Bettlaken, gez. L. W., ein neuer rotgemusterter Bettvorleger, eine neue, schwarz und grau gestreifte Hofe, eine neue graubraune Tischdecke mit blauen Längsstreifen, eine neue grüne Tischdecke mit schwarzgrüner Einfassung, ein Stück schwarz und grün gemusterter Möbelbezugstoff mit braunen Quadraten, eine Damastervierte mit kleinem schwarzen Kreuz, eine ebensolche mit kleinem roten Wäschezeichen, mehrere gebrauchte Leinwandvorhänge, eine stark abgenutzte weiß- und rot gemulerte Tischdecke, mehrere gebrauchte Damasttischdecken, zerstücktete Fensterstoren, zwei rote Müch-portieren, aus denen die Stickerie entfernt ist und mehrere ungezeichnete Tisch- und Bettwäsche sowie Handtücher und Gardinen.

ph. Gestohlen wurde ein Fahrrad Marke „Panter“ aus einem Hausflur in der Sandstraße und ein Fahrrad Marke „Brennador“ einem in der Kronsforder Allee wohnhaften Kaufmanne.

ph. Festgenommen wurde ein Schlosser von hier, der auf seiner Arbeitsstelle verschiedenes Metall von erheblichem Werte gestohlen hatte, um dieses zu seinem Nutzen zu verwenden. — Am Freitag, dem 15. ds. Mts. wurde in einem hiesigen Zigarrenschiff mit einem unbekanntem Manne eine 10-Dollarnote für eine Kiste Zigaretten in Zahlung gegeben. Der Käufer der Zigarettenliste erhielt neben einem größeren Barbetrag einen Schein ausgehändigt. Später stellte sich heraus, daß die von dem Zigarettenkäufer in Zahlung gegebene 10-Dollar-Note außer Kurs gesetzt und daher wertlos war. Nachdem der offensichtlich Betrug zur Anzeige gebracht worden war, konnte bald festgestellt werden, daß der Schwindler mit einem Komplizen von hier mittels Auto nach Niendorf und dann mit demselben Auto weiter nach Reinfeld gefahren war. Dort gelang es den Komplizen des Schwindlers in Person eines 30jährigen Schauspielers aus Hamburg zu ermitteln und festzunehmen. Der Herausgeber der Dollarnote, der Opernsänger Weiland ist von Reinfeld nach Hamburg zu Fuß gegangen und bisher in seiner Wohnung in Hamburg nicht zurückgekehrt. Den von dem Zigarettenhändler erhaltenen Schein haben die beiden einem hiesigen Geschäftsmann in Zahlung gegeben.

ph. Falschspieler. Festgenommen wurde ein Marktreifender aus Altona, der sich in einer hiesigen Gastwirtschaft eingenistet und dort ein Würfelspiel um Geld begonnen hatte. Da der Mann aber auffällig viel gewann, schöppte man Verdacht, daß er mit falschen Würfeln spielte. Man verprügelte ihn und warf ihn auf die Straße, wo auch seine Festnahme wegen Falschspiels erfolgte.

ph. Diebstähle. In den letzten Tagen sind eine ganze Reihe von Fahrrädern in hiesiger Stadt gestohlen worden. — In der Nacht zum Sonntag drangen Diebe in den Stall eines in Rönse-jörde wohnhaften Landmannes und stahlen zwei Schweine im Gewichte von je ca. 200 Pfund. Die Tiere wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet.

### Sitzweise auf Versammlungen, Theater etc.

Achtung, 9. 6. 1921! Mittwoch, 20. Juni, abends 7 Ugr.: Besprechung im Gewerkschaftshaus. Es kommen müssen die Abteilungsleiter, Gruppen- und Bezirksführer.

District Sa. Freitag, 22. Juni, abends 7 1/2 Uhr: Zusammenkunft im Weigen Engel. Erwidern Blicke!

Sauftheater. Heute und folgende Tage: Wie einst im Mai.

K. Schlutup. In der letzten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins hielt Gen. Weiß, Lübeck, einen Vortrag über unsere heutige politische Lage. Der Redner verurteilte scharf die Schürferien der Franzosen im Ruhrgebiet und ermahnte die Genossen, jetzt besonders gerührt zu sein, denn am politischen Himmel werde früher oder später doch eine Einladung ausbrechen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Wegen der Tischversorgung Schlutups entspann sich eine lebhaft Debatte, die leider in persönliche Mißbilligkeiten ausartete. Gen. Farbs ermahnte den Gen. Weiß, wenn die Schlutuper Fischer ihre Rechte bedroht fühlen, wenigstens mit offenem Bist zu kämpfen, und keine Vogel-Strauß-Politik zu treiben. Genosse Dröger reichte mit, daß die Streitfrage zwischen den Schlutuper und Travemünder Fischern demnächst nochmals die Bürgerchaft beschäftigen werde. Als die Aussprache in dieser Angelegenheit kein Ende nehmen wollte, be-

antragte Gen. Meiburg Schluß der Debatte, dem auch entsprochen wurde. Den Schlutuper Fischern sei hiermit der Rat auf den Weg gegeben, wenn sie in ihren Interessen bedroht sind, sich an die Öffentlichkeit zu wenden und die Sache nicht politisch auszuwählen. An alle Genossen sei ein warmer Appell gerichtet, den hiesigen Arbeiter-Turn- und Sportverein bei der Einbringung seines Spielplatzes kräftig zu unterstützen. Ist es doch der einzige Platz, der für uns alle in Frage kommt.

### Angrenzende Gebiete.

h-s. Wäd bei Raseburg. Eine gut besuchte Wähler-versammlung fand am Sonntagabend im Lokale des Herrn Hund statt. Gen. Heim. Julius Lübeck sprach über die Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz. Der Redner schilderte an der Hand eines Berichtes der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, deren Tätigkeit im Landtag. Er wies sodann auf die Neuwahlen hin, und nahm ganz besonders die gemäßigten Parteien, die jetzt alle wieder um die Stimmen der Arbeiter und kleinen Landbesitzer werben, unter die Lupe. Mit einem warmen Appell an die Wähler, restlos zur Wahl zu gehen und ihre Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben, schloß der Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. — In der Diskussion sprachen noch verschiedene Wähler sowie ein Lübecker Genosse im Sinne des Referenten. — Nach Schluß der Versammlung wurde noch von den Genossen das eigenartige Verhalten des Lehrers Trelow kritisiert. Er hatte bei einer Sammlung für das Kinderfest die Mädchen mit einer schwarz-weiß-roten Fahne von Haus zu Haus geschickt. Herr Tr. erklärte, mit der Sache nichts zu tun zu haben, die Fahne sei von seinem Sohne den Kindern mitgegeben worden. Fest steht aber, daß Tr. beim Kinderfest im vorigen Jahre die schwarz-weiß-rote Fahne den Kindern gegeben hat. Öffentlich werden Schulvorstand und Elternrat dem Herrn demüthlich machen, wie sich ein republikanischer Lehrer zu verhalten hat.

— Landesteil Lübeck. In moldenburgerischen Landtag wurde vor einigen Wochen ein Beschluß gefaßt, nach dem auch die Volksschullehrer gleich Reichs- und Staatsbeamten möglichst schnell in den Besitz der Gehaltsnachzahlungen gelangen sollten. Für die Regierung in Gütin scheint dieser Beschluß nur auf dem Papier zu stehen. Obwohl die Gemeinden jetzt durchweg ihrer Pflicht genügen, um den Lehrern die fälligen Gelder fröhlich auszuzahlen, verümt die Regierung immer wieder rechtzeitig die notwendigen Zuschüsse an die Gemeinden zu leisten. Die Lehrer, deren Gammesgeduld schon inwändlich geworden ist, erhalten ihre Nachzahlungen 2-4 Wochen später als die Staatsbeamten. Durch die Hinauszögerung der Gehaltszahlungen ist den Lehrern seit den letzten 4 Jahren enormer Schaden entstanden. Beschwerden nützen nicht: es wird geduldig weiter gewartet und — gehungert.

Hamburg. Ueber eine schwere Schiffskollision auf der Unterelbe, bei der ein Loter und vier Verletzte zu beklagen sind, wird berichtet: Sonnabend abend gegen 10 Uhr fuhr der Dampfer „Kaiser“ mit den Hamburger Wasserpostfreunden zu seiner ersten Nachtfahrt von den St. Pauli-Landungsbrücken nach Seegegend. Auf der Unterelbe bei dem Nebenfluß Stör wurde der Dampfer „Kaiser“ von dem ebenfalls von See kommenden englischen Dampfer „Bellbro“, der schwer mit Kohlen beladen war, an der Steuerbordseite rechts der Kommandobrücke schwer gerammt und über Wasser beschädigt während der englische Dampfer Beschädigungen am Vordertheil erlitt. Der „Kaiser“ trat die Rückfahrt nach Hamburg an, wo er um 1/2 Uhr nachts an den St. Pauli-Landungsbrücken seine Passagiere absetzte. Auch das englische Schiff gelangte später ohne fremde Hilfe in den Hafen. Der Dampfer „Kaiser“ befindet sich zurzeit im Dock bei Blom & Vog. — Zwei Personen auf der Außenalster ertranken. In der Nacht zum Sonntag kenterte auf der Außenalster ein mit vier Personen besetztes Raddelboot. Während der Schiffbauarbeiter Niemann und der Expedient Quilling gerettet wurden, sanken die ledige Frieda Roggentamp und die Ehefrau Quilling unter und ertranken.

### Gewerkschaften.

Die drei Methoden werbendiger Löhne.

Die Frage der Einführung werbendiger Löhne, die jetzt im Vordergrund der gewerkschaftlichen Diskussion steht und demnach zu Beschüssen der Delegierten führen dürfte, hat zu allerlei Verwicklungen Anlaß gegeben. Man wirft Inderlöhne, Großlöhne und werbendige Löhne durcheinander, ohne sich über die wesentlichen Unterschiede dieser drei Methoden klar zu werden. Gemeinsam haben diese drei Methoden nur, daß die Löhne automatisch der Teuerung angepaßt werden, soweit diese, sei es im Index der Lebenshaltungskosten, sei es im Geldpreis oder aber in der kombinierten Grundlage der werbendigen Löhne, zum Ausdruck kommt. Praktisch sind bisher erst Inderlöhne zur Einführung gekommen, und zwar in Oesterreich und in England. Das englische Beispiel wird uns wenig lehren, weil die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes in England nur geringfügige sind. Sie sind wohl größer als vor dem Kriege und deshalb hat man zu dem System der Inderlöhne gegriffen, aber im Vergleich zu dem Schwankungen in Deutschland sind sie doch sehr klein.

In Oesterreich gibt es ein Gesetz, das die Anwendung des Inderlohnes für die staatlichen Angestellten vorseht. Das Gesetz ist seit etwa einem Jahre in Kraft, und die gegenwärtige reaktionäre Regierung wie auch der Völkerverhandlungen verlangen keine Beteiligung. Trotz dieses Gesetzes ist es in Oesterreich auch unter den Staatsangestellten zu heftigen Lohnbewegungen und zu Streiks gekommen. Die automatische Regelung der Löhne nach den Lebenshaltungskosten ist aber auch in der privaten Industrie in Oesterreich durch Tarifverträge allgemein zur Einführung gelangt. Aber wie in den staatlichen Betrieben und Verwaltungen hat der Inderlohn auch in der Privatindustrie keineswegs Kämpfe verhindert. Es werden zwar nicht, wie jetzt bei uns in Deutschland, alle 14 Tage Lohnbewegungen geführt, aber doch im allgemeinen findet alle drei Monate eine Neufestsetzung des Grundlohnes oder des Grundgehaltes statt. Bei dieser Festsetzung kommt es oft zu harten Kämpfen und auch zu Streiks.

Die „Rote Fahne“, die die Arbeiter vor werbendigen Löhnen gränlich zu machen sucht, indem sie ihnen einredet, daß sie dann nicht mehr genügend kämpfen könnten, hat offenbar nur eine sehr dunkle Vorstellung von einer Lohnerhöhung auf Grund der automatischen Anpassung an die Teuerung. Der Unterschied zwischen den Kämpfen, die die deutschen Arbeiter jetzt zu führen haben, und den Kämpfen, die sie bei einer automatischen Anpassung an die Teuerung zu führen haben werden, besteht darin, daß die Arbeiter jetzt in Wirklichkeit um eine Verdrückterung ihres Einkommens kämpfen müssen, während sie dann um eine Verbesserung ihres Einkommens zu kämpfen haben werden.

Doch nun zu den drei Methoden selbst. Es ist schon gesagt, daß Inderlöhne auf Grund der Lebenshaltungskosten bezogen der Kleinhandelspreise geregelt werden. Bei einer Papierwährung, wie wir sie jetzt in Deutschland haben, schließen sich zwischen Kleinhandels- und Großhandelspreisen eine Reihe spekulativer Momente hinein, die im wesentlichen

auf die Schwankungen am Devisenmarkt zurückzuführen sind. Die Berechnung der Löhne und Gehälter auf Grund der Kleinhandelspreise würde diese spekulativen Momente nicht ausschließen, sondern einschließen. Die Ausschaltung der Spekulation, die nicht allein auf Kosten der Arbeitseinkommen, sondern auf Kosten der Wirtschaft überhaupt ihr Unwesen treibt, ist jedoch die Hauptaufgabe.

Keine Goldlöhne würden andererseits sich allein nach den Devisenkursen richten, ohne die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich in Deutschland herausgebildet haben, zu berücksichtigen. Keine Goldlöhne sind allerdings das Ziel. Sie werden dann einzuführen sein, wenn die Goldrechnung — die nicht die Geldwährung ist — in Deutschland allgemein sowohl in der Privatwirtschaft wie in der öffentlichen Verwaltung eingeführt sein wird.

Es muß also ein Wertmesser gefunden werden, der einerseits die Nachteile der Indexlöhne vermeidet, zu den Goldlöhnen führt, ohne unsere Wirtschaft durch eine unermittelte Einführung zu sehr zu erschüttern. Und deshalb sind hier die wertbeständigen Arbeitseinkommen empfohlen worden. Ihre automatische Einführung auf Grund gewerkschaftlicher Tarifverträge soll erfolgen, indem als Berechnungsfaktor ein Durchschnitt zwischen dem Lebenshaltungskosten, dem Goldverkaufspreis und den Großhandelspreisen der Inlandwaren.

In dem Maße, in dem in Deutschland die Goldrechnung sich weiter verbreitet, und zwar ganz besonders in der Finanzverwaltung, werden auch die spekultativen Differenzen zwi-

schen Klein- und Großhandelspreisen verschwinden und wir werden derart festzulegen automatisch zu reinen Goldlöhnen kommen. Die Höhe der wertbeständigen Löhne jetzt und in der Zukunft wird bestimmt werden von der Kraft der Organisationen und der Geschlossenheit und Entschlossenheit der Arbeiterschaft.

## Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)

Unabhängige Weltentwurf zeichnet H. S. Landor aus. Er ist weit in der Welt herumgekommen und hat überall Abenteuer gelacht und gefunden. Dabei wäre er beinahe in Tibet umgekommen, im Reich des Dalai-Lama, in das er trotz aller Verbote und trotz der gegen ihn aufgetriebenen Truppen von Sibirien her über den Hauptkamm des Himalaja eingedrungen war. Es ist sehr zu begrüßen, daß Brockhaus in der Sammlung „Reisen und Abenteuer“ nun auch Landors Werk „Auf verbotenen Wegen“ als Band 22 bringt (ach. G.-Z. 25. Ganzleinen G.-Z. 32). Die temperamentvolle Darstellung des Erlebten macht das Buch wertvoll, das daneben ein gut erzähltes Bild von Land und Leuten, insbesondere vom Leben der Lamas, der buddhistischen Geisteslichen, ist. Auch dieser Band ist wie die früheren Bände der Sammlung reich mit Abbildungen und mit einer lehrreichen Karte ausgestattet.

# Lübecker Bürgerschaft.

18. Juni.

Wortführer: G. Ehlers.

Beginn: 6.20 Uhr.

Eingegangen ist ein dringender Antrag der Deutschen Volkspartei betr. die Verlesung beim Divisionsratell auf dem Burgplatz. — Ein kommunikativer Antrag fordert vom Senat Einreise bei der Reichsregierung für Aufhebung der §§ 218 und 219 des R.-Str.-G.

Erhöhung der Mütter- und Invalidenunterstützung der im Ruhestand befindlichen Hebammen wird auf Antrag von Herrn H. H. (Dem.) dem Ausschuss für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege überwiesen. Es müßte ein Weg gefunden werden, das Ruhegehalt zu steigern, doch es mit den von den Hebammen zu zahlenden Beiträgen in Einklang zu bringen. — Frau Greve (Komm.) fordert ernannte Fortschreibung an die Hebammen.

## Die Abfuhr der Kriegerverwundet.

Es folgt die Interpellation der Deutschen Volkspartei, Rechtsanwalt G. Ehlers (D.V.) hält die Verlesung von mit Rücksicht auf die Ehrenhaftigkeit für geboten. Es sei zu prüfen, ob die hiesige Behörde richtig gehandelt habe. Deren Verdienst sei es nicht, wenn größere Schäden verhindert worden sei. Eine Denkmalschweife habe mit Schwere und Verlust nichts zu tun. Man wisse aber auf welche Initiative die Gegendemonstration zurückzuführen sei. Der Polizeikommissar habe für den nötigen Saubermachung dessen Anteil in den Sitzungen der Staatsanwaltschaft nichts gesagt. Es scheine sich die Polizei zu behaupten, daß man gesehe mit dem Senat zu sprechen. Politische Kinder hätte man an dem Disziplinierung nicht vorbeiziehen lassen dürfen. Der Polizeikommissar habe die Staatsanwaltschaft zu Mitter und durfte die kommunikativen Demonstration auf dem Burgplatz nicht erlauben. Wenn der Polizeikommissar kein Kind sei, müßte er anders handeln und nicht Gefahren heraufbeschwören, die er nicht mehr dämmen könne. Würde der Polizeikommissar die Verlesungen mit Kommunisten etwas geben, dann sei er für ein Kind zu halten. Es scheine, daß der Polizeikommissar die verschiedenen Mittel für Wahrungswert gehalten habe. Nicht der Regierung müße es gewesen, die Denkmalschweife fortzuführen zu behandeln. Zu bedenken sei an 15. Juni die Gegendemonstration. Der Redner kommt des weiteren auf die Resolution von 1915 zu sprechen, die nicht die Kommunisten, sondern die Nationalen gemacht hätten. Der Senat müße alles tun, um zu verhindern, daß aus politischen Anlässen Zusammenkünfte stattfinden. Wir hätten ja 4 Tore in Lübeck, vor denen Bänke zu Gegendemonstrationen vorhanden seien, aber der Polizeikommissar habe den Strand gewünscht.

## Senator Mehlert

erklärt, das Polizeiamt habe seine Pflicht und Schuldigkeit in vollem Maße getan und werde in ähnlichen Fällen wieder so handeln. Auch der Senat habe die Maßnahmen des Polizeikommissars gebilligt und die Verlesungen abgewiesen. (Zuruf bei den Sozialisten: Unschick!) Der Am. 119 der Reichsverfassung gebe jedem das Recht zu demonstrieren. Die Kernfrage sei, warum die Kommunisten auf das Burgplatz gegangen seien. Dort hätten alle Parteien Platz. Welche jede Partei die Berechtigung gebietet haben, kann man es nicht zu Zusammenkünften gekommen. Mehlert habe eine Mahnung an die Kommunisten. Ihren Demonstrationen eine neue Mahnung zu dirigieren, die nicht genügt. Es müßten denn einfach als Teilnehmer auf dem Burgplatz gegangen. Und nur unter den Zuschauern seien die Unruhen entstanden. Die Verlesungen müßten aber nicht so weit gehen, wie es die ungeschickliche Schimpferei verbreitet habe. Diese habe sogar von einem Tode gesprochen. In diesen Sitzungen könne man wieder einmal sehen, wie die bürgerliche Presse arbeite. Aber auch den Kommunisten gegenüber müßte es bemerkt werden, daß keine geschickte Handhabung gegeben sei, um heranzugehen Demonstrationen ohne weitere zu verhindern. Mehlert lasen besonders Bedingungen gestellt worden, so in Bezug auf militärische Uniformen des alten Heeres. Unterlassen des Paradeumzuges etc. Die Beobachtungen über Schimpferei dürfe man nicht nicht zu verlegen, daß die Kriegerverwundete eine derartige Demonstration bilden, sondern sie nur selbst verhindern sollten. Im nächsten Jahre habe man ihm Bericht zu machen, weil eine ähnliche Demonstration durch öffentliche Schwärzung gebildet worden sei. Mehlert sei der Divisionsrat gar keine solche heranzuleiten Sache gewesen. Bei ähnlichen Redaktionen müßte man von dem Grund der Gegendemonstration reden. Es besteht in streifender monarchistischer Propaganda der Kriegerverwundete. Die Kriegerverwundete haben die 1914 wieder Soldatendemonstration nach Hamburg. Sie legen ihre Mittelstücke eines freien Konsumvereins aufgenommen. Unschicklich sind die Kriegerverwundete auch nach dem Kriege nicht, das Beweisen die sich während der Demonstration von dem Senat nicht nicht geschickte Weise. Der Senat erwidert an die Kriegerverwundete mit Paradeumzug im Jahre 1920 und fordert, daß ein Paradeumzug gerade keine besondere Demonstration darstelle. Die Demonstration der Volkspartei seien unanständig. (Zuruf: Gebihrd nicht angeht!) Auch die Kriegerverwundete sei ein wenig schicklich ausgefallen, man frage sich, ob jeder des Abends könne und des Regenerations-Verlesung Schicklich zu sein. Der Redner sprach davon, was müßte den Parteimitgliedern und den Redaktionen zu helfen bedeuten. Große Teile der Bevölkerung leben in demütigen Feiern die Demonstration aller monarchistischer Verbände und können sich hiergegen wehren. — Der junge Mann, der auf dem Burgplatz niedergekniet wurde, war Mitglied des Regiments und erhielt den Schlag von einem Kriegerverwundeten. Es würde in „Koper verlegt“, doch er bereits wieder im Gefolge langte. (Zuruf: Der Senat: Ist das auch eine Interpellation?) Für was sich die Volkspartei halten, ist nicht gleichgültig. Es bewußte man, gerade und unanständig zu handeln und kann nicht ohne sie werden. Das hat man zu merken. Es das Beweisen im Senat. Solange ich in ungeschickliche Weise die Demonstration in jeder Weise führen. Die Kommunisten haben nicht nicht die Macht, der Senat zu werden, sie können aber nicht die Macht, die Partei in Gefahr zu setzen. Die

Polizei selbst handelte in jeder Weise korrekt. Zum großen Teil tragen an der Vorkommnisse jene Leute die Schuld, die ausgerechnet in dieser bittersten Zeit derartige Veranstaltungen treffen und die Totenehrung mit Tanz und Ball beschließen. Das Polizeiamt nimmt von seinen Maßnahmen nichts zurück und der Senat teilt sie durchaus. (Zuruf: Bei den Sozialisten)

Heide (Dem.) hat, es sei lächerlich, dem Polizeikommissar zu antworten. Dieser habe für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Von dem Welen der Kriegerverwundete hätten die Sozialisten sehr wenig Kenntnis. Unter den 7000 Mitglidern der Kriegerverwundete seien sehr viele Republikaner. — W. H. (Mitt.) macht dem Polizeikommissar Vorwürfe. Es habe bei der Behandlung der Ausführenden des Reichsanwalts Emers seien richtig.

Dr. Leber (Soz.) verweist auf einen Artikel des Demokraten General von Schmidt in der „Volks. Ztg.“, der dort heißt die Totenehrung durch Paraden und Lärm gekelke. Solcher Totenehrung breche auch nicht für das Ansehen Lübecks nach außen. Wenn man Herrn Emers Aufregung hier gesehen habe, könne man sich auch die Verlesung auf dem Burgplatz erklären. Seien alle Monarchisten so aufgeregt, dann sei es kein Wunder, wenn sie ihre eigene Freund verurteilten. Die Beschuldigungen des Herrn Emers seien trotz großer Grimmel durch die Parteiführer der von Senator Mehlert vorgedachten Tatkunden hinweggefegt und zugegeben worden. Wenn die Kriegerverwundete 7000 Mitglider und nach Herrn Heide sehr viele Republikaner hätten, dann müßte man sich nur wundern, daß sie keine Republikaner in die Bürgerschaft wählen. Mehlert seien unter den Gefährten für die das Denkmal errichtet wurde, mindestens zwei sozialistische Parteiführer, denen man nicht eine einzige Schleiße in Schwarz-Rot-Gold gemeldet habe. Dafür um so mehr Schwarz-Weiß-rote. Wenn die Kriegerverwundete aus Deutsche sein wollten, dann müßten sie für die jetzigen Reichsfeinde eintreten. Der Redner beschließt im weiteren den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion, der darin besteht, daß man Leute, die bei jeder Gelegenheit mit Aufregung und Schlägerei erhitzen, möglichst unter sich lassen sollte. Gegenüber Herrn Emers habe er zu erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion von Anfang an mit den Maßnahmen von Senator Mehlert ein und ganz einverstanden gewesen sei und auch jetzt noch besten schlichten Ausführungen mehr als je zuvor ihm habe. Seine Fraktion drücke sich verständlich dem Polizeikommissar gerade jetzt das Vertrauen aus. (Beifall s. d. Sozialisten)

Roh (Komm.): Die bürgerlichen Parteien sind sich darin einig, daß die Demonstrationen nicht den nötigen polizeilichen Schutz erhalten. Das ist besorgniserregend. Sie müßten bemerkt werden, während sie sich nicht nur nicht hier sehen lassen dürfen. Sie wollen unter dem Senat gerade sein, wo die Kriegerverwundeten und anderen stehen. Diese Generale führen das große Maul und ziehen bei der ersten Gelegenheit aus. Bei dem anstehenden haben die bürgerlichen ihre Schwäche offenbart. Wenn die Demonstration mit dem Senat einleiten, so nehmen wir dies nicht so ernst. Wir wissen, daß der deutsche Staat uns keinen Schutz gewährt, es gibt kein altes Recht für alle. Wenn es richtig sein würde, müßte hier in Lübeck aus nach demokratischem Recht die bürgerliche Partei die Macht haben und dann wären dem Militärischen einmüßig schon von vornherein die Hände gebunden. Wir werden in absehbarer Zeit erleben, daß noch viel weniger von den Demonstrationen bleibt. Diese Demonstration, die nur Unterdrückung haben ausschließt. — G. W. (D.V.) hat, der Polizeikommissar habe die Macht, Verbote zu erteilen, die republikanischen Verbände zu verhindern. Das sei aber bei dem Divisionsratell nicht der Fall gewesen. Der Redner schloß auf dem Polizeikommissar, daß er mit dem Gedanken spielte, es würde gar nicht, wenn der Kriegerverwundete etwas rühre. — Senator Mehlert in beauftragt seine vorfertigen Ausführungen und betont, der Kommissar des Senates sei nur auf dem Friedhofe anwesend gewesen; eine Vertretung außerhalb der Gemeindegrenzen habe der Senat abgelehnt. — Haut (Soz.) wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen Ehlers. Es sei unparlamentarisch, gegen die Divisionsratell zu verweisen. — G. H. (Dem.) erklärt, eine andere Bemerkung über Demonstration zu haben als Dr. Mehlert. — Damit ist die Debatte beendet.

Antrag an die Unterabteilung der Reinerwerbsteuer. — Dr. G. H. (D.V.) beantragt, fort 500 000 M. eine Million zu sein. Der Antrag wird mit der Senatsvorlage angenommen.

Sitzungsbericht für den Beamtenratshausheim Bitteren. — Haut (Soz.) lehnt den Antrag ab. Der Senat soll keine Mittel ansetzen, sondern unter Verlesung der Behörde die Sache zu erledigen. Hier sollen im vollen Erwerb-Leben stehende eine Förderung erhalten. Die Beamtenorganisation müßte die Mittel in derartige Zwecke selbst aufbringen, ebenso gut wie andere Organisationen. — H. H. (D.V.) tritt für die Vorlage ein. — Senator H. H. erklärt, die Summe zu bewilligen. In das Erwerbverhältnis eingetragene Beamte aus den unteren und mittleren Stufen. — Haut (Soz.): Wir verweisen die Vorlage in vielen Beamtenfamilien nicht. Wo aber die Not vorhanden ist, kann man sie ein solches Erwerbverhältnis doch nicht mehr fordern. Wenn Erwerbverhältnisse mit ähnlichen Mitteln unterstützt werden können, dann müßten sie für die Allgemeinheit vorhanden sein. Die Beamten geben für ihre Organisationen nur geringe Beiträge. — H. H. (Dem.): Die Sozialdemokraten kennen die Not der Beamten und haben im Hausbesitzersinn Gehör bei uns Hilfe immer unterstützt. Da helfen sie auch hier besten. Die Beamten würden sich sehr dankbar fühlen als die Arbeiter. — Nach weiteren Ausführungen von Dr. G. H. H. Haut und Heilborn (Komm.), der gegen die Vorlage spricht, wird der Senatsantrag abgelehnt.

## Lehrerbesoldung.

Entscheid für die Sozial- und Kleinrentenversicherung usw. für das Rechnungsjahr 1923. — Haut (Soz.) erklärt die in der Vorlage enthaltenen Summen übersteigen das Budgetgehalt. Aber im Reichsrat zu bekommen sei gar nicht daran zu denken.

damit die Notlage zu lindern. Größere Beträge würden notwendig werden. Notwendig sei aber auch eine andere Politik in dieser Frage. Die neue Reichsregierung wurde in den bürgerlichen Kreisen begrüßt und man sah schon den Tag, an dem die Butter nur noch 90 Pfg. kostet. Es kam eine Devisenordnung, die die bürgerlichen Parteien verwarfen und sabotierten. Es gab schließlich eine Stabilisierung der Mark und dadurch im Haushalt des Arbeiters einen kleinen Haub. Der Arbeiter konnte Berechnungen anstellen, wie weit sein Reallohn gesunken war. Was ich früher über die Devisenordnung sagte, ist in vollem Umfang eingetroffen. Die Devisenpekulation dient nur einem kleinen Interessentkreise. Hier muß der Senat bei der Reichsregierung dafür eintreten, daß die Devisenpekulation aufhört. Die Steuerpolitik muß ernsthaft angefaßt werden. Auch hierfür muß der hiesige Senat bei der Regierung eintreten. Es müssen endlich erträglichere Zustände kommen. Der Verbrauch des Fleisches geht in schrecklichem Maße zurück. Der Handel sucht Bahnen auf, die nicht im Interesse Deutschlands liegen. Unser Vieh geht ins besetzte Gebiet, kommt aber unseren Leuten dort nicht zugute. Sie können es eben so wenig kaufen wie wir und das Vieh geht in die Mägen der Hegeer. Verordnungen haben nichts genutzt. Patriotismus und Freihandel haben sich nicht bewährt. Bei der Fettproduktion (Butter und Milch) ist es ebenso schlimm. Der Produzent muß selbstverständlich das haben, was zur Aufrechterhaltung seines Betriebes notwendig ist. Leber sind wir darauf angewiesen, Getreide vom Ausland zu beziehen, die teuer sind. Und nun kommt der Landmann und fordert für Milch und Butter noch höhere Preise, obwohl er gegenwärtig kaum Kosten hat. Es muß hier mit Zwang vorgegangen werden, das um so mehr, als dunkle Gestalten dem Landmann den 9. und sogar 8. Teil des Butterpreises anbieten. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist vollständig erlahmt, Milch kann sie nicht mehr kaufen. Dem Landmann fehlt die Vernunft, er steht im Banne der Papierlappen. Die heutige Art der Milchpreisfestsetzung geht einfach nicht mehr an. Für eine Verringerung der Milch im Reichsrat unbedingt eintreten. Die Preissteigerungen auf anderen Gebieten, z. B. Textil- und Eisenindustrie, sind über den Weltmarktpreis hinausgegangen. Kartoffelpreise sind auf das Zehntausendfache gestiegen. Wo sind die Kartoffeln geblieben? Wo ist die Erfüllung des Versprechens des freien Handels, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen? Nachdem der Dollar so unheimlich klettert, sind die Preise aus den Schaufenstern verschwunden, angeblich deshalb, weil sich die Kaufleute vor dem Ausverkauf schützen wollen. Im ganzen Handel und der Industrie wird nach dem Dollar gerechnet, nur beim Lohn und Gehalt kennt man diesen Wertmesser nicht. Der letzte Metallarbeiterstreik in Lübeck war ein Beweis dafür, wie wenig man für die Arbeiter übrig hat. Die Löhne und Gehälter müssen dem Dollarstande angepaßt werden. Dafür muß der Senat sorgen. So wie es bisher war, geht es nicht weiter.

Senator L. H. betont, daß jeder im Saale das von dem Vorredner Gesagte anerkenne. Die Verschlechterung der Lebenshaltung weiter Kreise schreite fort. Der Senat unterstütze alle gesetzlichen Maßnahmen, um die Spekulation einzudämmen und weitere Verschlechterungen der Existenzbedingungen zu unterbinden. Die wichtige Frage der Steuerpolitik werde eifrig verfolgt. Die Preise für Fleisch seien so gestiegen, daß es sich diejenigen, die es ihrer Befriedigung nach am nötigsten hätten, nicht mehr kaufen könnten. Der Senat sei stets dafür eingetreten, die Handelsverträge nur zuverlässigen Personen zu erteilen. Verordnungen seien auch auf anderen Gebieten in Vorbereitung. Von besonderer Wichtigkeit sei die Milchfrage. Es sei bedauerlich, daß der Milchpreis vom Butterpreis abhängig sei. Leider sei es schwer, eine andere Relation zu finden, weil die Gefahr bestehe, daß die Milch verbuttert oder verfaßt werde. Unsere eigenen Landwirte hielten den Milchpreis nicht für gerechtfertigt. Ob eine Zwangsmittel heute noch durchzuführen sei, sei sehr fraglich. Lübeck habe sich bis zuletzt für deren Abschaffung getraut. Versuche zur Niedrighaltung der Milchpreise mit den Nachbarstaaten hatten nicht den gewünschten Erfolg. Was in der Kartoffelfrage verstimmt wurde, ist nicht wieder gut zu machen. Für die Zukunft muß Vorbeuge getroffen werden. Leider haben die Löhne und Gehälter und auch die Einkommen der freien Berufe mit den Preissteigerungen nicht Schritt gehalten und trotz der ziffernmäßigen Erhöhungen ist eine immer größere Verelendung eingetreten. Der Senat wird stets für einen besseren Ausgleich der Bezüge eintreten. Er wird nach wie vor gegen Mißstände auftreten und für Maßnahmen zur Besserung eintreten. — G. W. (D.V.) ist mit den Ausführungen vom Senatspräsident einverstanden. Der wirklich Schuldige an allem sei der Franzose. Leider gebe es auch in Deutschland Masquer, die die Not des Volkes ausbeuten. Durch Gesetze könnte die Hand nicht an die Wurzel gelegt werden. Es ist richtig, viel könne nicht gelassen. Wenn etwas verstimmt worden, dann hätten es die früheren Regierungen verschuldet. Jedes Mittel zur Besserung müßte ergriffen werden, nur großen Programmen sei aber zu warnen. Das Einkommensteuergebot von 1920 sei in der Tat zu einer Unrechtigkeit geworden. (Zuruf von Soz.: Im Reichstag lehnt Ihre Partei unsere Anträge ab.) Die heutige Auffassung seiner Partei sei, daß dieses Gesetz abgeändert werden müsse. — H. H. (D.V.) hält ein Sinnesgebot des Milchpreises über den 10. Teil des Butterpreises für eine Volksgesundung. Es wird heute bereits der 8. Teil bezahlt, was einer Verminderung gleichkommt. Die Landwirte wollen jetzt Mittel ergreifen, um die Milch zu verbilligen. Die Kartoffelknappheit existiert auch bei den Bauern. Sie resultiert aus der diesjährigen mäßigen Ernte. Lediglich hat der Milch- und Butterpreis mit der Preissteigerung auf anderen Gebieten, wie z. B. auf dem Eisenmarkt, nicht Schritt gehalten. — Roh (Komm.) weist darauf hin, daß jeder die Schuld auf den anderen schiebe. Wir ständen in Wirklichkeit vor dem Leichnam der kapitalistischen Wirtschaft. Die Gegenläufe innerhalb dieser Wirtschaft frohen sich auf. In Zeiten des steigenden Dollars und der Verarmung des Volkes sind die Kreie der Industrie und der Landwirtschaft immer reicher geworden. Die Macht der Arbeiterklasse müßte angewandt werden. Die Teuerung sei in Wirklichkeit gar nicht vorhanden, sie liege nur in der ungleichen Verteilung der Waren. Die beschlagnahmten Klassen müßten die Besitzenden bezwingen und den Wucher zusammenhauen. — Haut (Soz.) hält es für unangebracht, um den Kernpunkt heranzugreifen. Die Frage könne nur im Reichsparlament gelöst werden. Allerdings nicht von der jetzigen Regierung. Die nächsten Wahlen müssen es bewerkeln. Den Vordrängen von links folgen wir nicht. Es wäre zum Schaden des Volkes. Wenn alles nach dem Dollar reigne, müßte man auch den Arbeiter nach dem Dollar bezahlen. Da dürfte man sich nicht scheinheilig hinstellen und sich wie Herr Ehlers auf die Partei in Berlin verlassen. Die Rechnung der Landwirte könne nicht. — G. W. (D.V.) bedauert, daß die Debatte für parteipolitische Zwecke ausgenutzt werde und fragt, was hin man kommen würde, wenn jeder Wünsche daselbe Einkommen haben sollte, wie vor dem Kriege. Gewisse Industrien hätten vielleicht die Wertbestände behalten, dafür sollte man ihnen dankbar sein. Das seien die Goldwerte, um die Lappen an Frankreich abzurufen. Der Dollarlohn sei nur ein Sand-in-die-Augen-Streuen, die Wähler würden dadurch schrecklich enttäuscht. — Nach einer persönlichen Bemerkung Dr. Lebers gegen Roh wird der Senatsantrag angenommen.

Schne Debatte wurden folgende Senatsanträge angenommen: Aufnahme kurzfristiger Kredite. — Verkauf einer Landfläche an der Kanalstraße an die Firma W. Glogner u. Co. — Leuzungszugabe für den Fischereianfänger A. D. Moller. — Erhöhung der Hundsteuer. — Dritter Nachtrag, betreffend den Fortdiebstahl und die Feld- und Forstpolizei. — Gewährung von Wittengeld an die Witwen Hecker und Bietig. — Herrichtung von Häusern für das Statistische Landesamt und Einbau einer Hausmeisterwohnung im Hauje Mengstraße 4. — Verbesserung des Steinbauwesens von Wandsori nach Kurau. 10 Uhr.